

Berliner Debatte

Zeitschrift für Sozialwissenschaftlichen Diskurs

INITIAL

1992

ISSN 0863-4564

SONDERDRUCK

András Bozóki

Demokraten gegen Demokratie?

**Ziviler Protest in
Ungarn seit 1990**

Berliner Debatte INITIAL

Unsere Themen 1992:

Internationale Politik im Wandel

Frieden und Sicherheit unter den neuen globalen Bedingungen, Japan - Macht neuer Typs?, Neue Ostpolitik, Deutsch-amerikanisches Verhältnis, Alternative Verteidigungsstrategien, Intellektuelle aus der DDR

Ist der Mensch paradiesfähig?

Wird bei all unseren Überlegungen über die Zukunft der Menschheit, über alternative Lebensformen und Gesellschaftsstrukturen gebührend die menschliche Natur in Rechnung gestellt?

Wandel wirtschaftlicher Regulation

Transformation, Ökologie und Unterentwicklung, Regionalentwicklung und Weltmarkt: Welche Antworten haben die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften auf eine globale Veränderung wirtschaftlicher Regulationsanforderungen? Die Regulationstheorie und ihre Kritiker.

Philosophische Ethik und Rechtstheorie

Migrationsprozesse in Europa

Transformation postsozialistischer Gesellschaften

Russische und sowjetische Philosophie des 19. und 20. Jahrhunderts

Neu: Sozialwissenschaften in Ostdeutschland

In Halle, Jena, Greifswald, Berlin, Rostock, Dresden usw. werden Sozialwissenschaften um- ab- und aufgebaut, aber wir wissen kaum voneinander. Unter einer neuen Rubrik wollen wir deshalb Berichte, Interviews, Gesprächsrunden etc. veröffentlichen. Dazu brauchen wir Informationen, Berichte und Meinungen. Neue Projekte können vorgestellt werden, über die Situation der Sozialwissenschaften an Universitäten und Hochschulen soll berichtet werden.

Zu all diesen Themen sind wir an Texten zur Veröffentlichung, an Rezensionen und Konferenzberichten ebenso interessiert, wie an Hinweisen auf Berichtenswertes, dem wir nachgehen sollten.

Berliner Debatte INITIAL, PF 158, O-1058 Berlin

mußten - abgesehen von anderen steuerähnlichen Abführungen - ab 1983 einen Beitrag "für gesellschaftliche Fonds" in Höhe von 70 Prozent der Lohnkosten an den Staat abführen. Diese Kostenbelastungen entfielen mit der Wirtschaftsunion. Überdies spielen die Arbeitskosten natürlich in unterschiedlichen Branchen eine unterschiedliche Rolle. Ihre Höhe hat die Wirtschaft im früheren Bundesgebiet nicht daran gehindert, ein Export-Weltmeister zu werden.

Die sinkende Konkurrenzfähigkeit der meisten DDR-Erzeugnisse resultierte viel mehr aus einer verfehlten technischen Politik, die in einer Zeit, in der die Innovationskonkurrenz beim Preis-Leistungs-Verhältnis eine immer bedeutendere Rolle spielt. Die wirtschaftlichen Strukturen verboten jedes Risiko, und so setzte man im Export auf Preisunterbietung bei wachsenden Rückständen im technischen Niveau und in der Qualität der Erzeugnisse, bei Aufmachung, Verpackung, Service, Lieferfristen und Pünktlichkeit, bei der Schwerfälligkeit von Vertragsabschlüssen usw. Der immer wieder erhobene Vorwurf des Dumpings ist nicht zu entkräften. Hier nach marktwirtschaftlichen Kriterien umzudenken fällt sicherlich schwer, noch dazu wenn versucht werden muß, einer leistungsfähigen und eingespielten expansiven westdeutschen Konkurrenz Märkte abzurufen. Denn die angeführten Qualitätsnachteile gelten natürlich im wesentlichen für technische Finalerzeugnisse, während selbst qualitativ gleichwertige Waren der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, der Kosmetik und viele andere trotz Anpassung an westliche Aufmachung nur schwer auf den Markt kommen.

Der effiziente Normalverbraucher

Unlängst gab der Präsident der Bundesbank, Schlesinger, ein Interview. Auf die Frage, was der Normalverbraucher für Preis- und Geldstabilität tun könne, gab er zwei Ratschläge. Er rät, sich "ökonomisch zu verhalten", den Wettbewerb zu unterstützen und dort zu kaufen, "wo es am billigsten ist". Zweitens wäre vom Normalverbraucher zu überlegen, "ob er heute kauft, oder ob er heute spart".¹² Was das erstere betrifft, so möchte man den Präsidenten fragen, ob er beim Discounter einkauft; ob ihm bekannt ist, daß Preise meist auch von Qualität und Leistung ab-

hängig sind - so daß es oft gerade unökonomisch ist, das Billigere zu kaufen - und daß man nur Erreichbares kaufen kann. Zum anderen wurde kurz zuvor im Interview darauf verwiesen, daß die Preissteigerungsrate im Osten derzeit bei 14 Prozent liegt. Da klingt es nicht sonderlich reizvoll, sein Geld mittelfristig mit rund 8 Prozent verzinsen zu lassen.

Bestätigt wird durch solche "Ratschläge" aber jene Bemerkung Galbraiths, die er obig Zitiertem hinzufügte, daß nämlich diese Vorstellungen über wirtschaftliche und soziale Sachverhalte durch Interessen vor geprägt, also ideologisch verstellt sind. Das sollte uns nicht neu sein.

Anmerkungen

- 1 Galbraith, J. K.: The Affluent Society. London 1987, S. 7. (Eigene Übersetzung)
- 2 Brown, L. R.; Flavin, Ch.; Postel, S.: Zur Rettung des Planeten Erde. Strategien für eine ökologisch nachhaltige Weltwirtschaft. Worldwatch Institut. Frankfurt/Main 1992, S. 123.
- 3 Statistisches Jahrbuch 1991 für das vereinte Deutschland. Wiesbaden 1991, S. 115.
- 4 Eine genauere Kalkulation wird durch mangelnde Vergleichbarkeit vorliegender statistischer Daten erschwert. Näherungsweise gingen jedoch die Nettoproduktion im verarbeitenden Gewerbe und die Anzahl der Beschäftigten (insgesamt) vom Juli 1990 bis Ende 1991 etwa im gleichen Umfang (40 %) zurück. Die zugrundeliegenden Daten wurden aus unterschiedlichen Quellen - Statistisches Jahrbuch, Sachverständigengutachten, Wirtschaft und Statistik - entnommen.
- 5 Pressemeldung dpa Mai/Juni 1992: Im 3. Quartal 1990 standen noch 95 000 Anmeldungen 9 000 Abmeldungen gegenüber; im 1. Quartal 1992 waren es 59 000 An- und 31 000 Abmeldungen.
- 6 Vgl. Tinbergen, J.: The Significance of Welfare Economics for Socialism. In: On Political Economy and Econometrics. Essays in Honour of Oskar Lange. Warszawa 1964, S. 591, 593.
- 7 Gablers Wirtschafts-Lexikon, Wiesbaden 1988, Stichwort "Kommunalbetriebe"
- 8 Statistisches Jahrbuch '90 der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1990, S. 14, 52.
- 9 Sinnvolle Lösungen anderer Länder, wo im Dorf Poststelle, Gemischtwarenladen und Bankaußenstelle zusammengelegt sind, werden seltsamerweise nicht in Betracht gezogen.
- 10 Sachverständigenrat: Gutachten über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 1991/1992. Oktober 1991, Tab. 93.
- 11 Sachverständigenrat, a.a.O., Tab. 94.
- 12 Neues Deutschland vom 27./28.6.92, S. 9.

Redaktionell bearbeitet von Torsten Ehrke

Transformation in Osteuropa

András Bozóki

Demokraten gegen Demokratie ?

Ziviler Protest in Ungarn seit 1990

Die institutionelle Struktur des demokratischen parlamentarischen Systems wurde in Ungarn nach den ersten freien Parlamentswahlen und den Kommunalwahlen im März/April 1990 etabliert. Gewinner der Wahlen zum Parlament wurde die konservative Koalition, die sich auf eine stabile Mehrheit von fast 60 Prozent stützen kann. Auf der Gegenseite hat sich eine starke Opposition formiert, die sich der Unterstützung durch 40 Prozent der Stimmen erfreut. Nach den Wahlen haben sich die führende Kraft der Regierungskoalition, das Ungarische Demokratische Forum (UDF) und, die größte Oppositionspartei, der Bund Freier Demokraten, auf eine Ergänzung der Verfassung geeinigt. Damit wurden die Bedingungen für eine stabile Regierung konsolidiert¹. Die Institution eines konstruktiven Mißtrauensantrags hat die Autorität des Premierministers erhöht und ihm eine starke Position geschaffen, ähnlich der des deutschen Bundeskanzlers. Es ist praktisch unmöglich geworden, die Regierung innerhalb der vierjährigen Legislaturperiode zu Fall zu bringen. Die Unterzeichner des Abkommens hatten sich von dem Ziel leiten lassen, in der sozial und ökonomisch instabilen Periode des Systemwechsels den Gefahren von Weimar zu entgehen².

Infolge der Kommunalwahlen vom Herbst 1990 wurde im Land eine dreistufige Machtstruktur etabliert. Während die nationale Politik unter die Dominanz der Parteien der christlich-konservativen Mehrheit geriet, gewannen die liberalen Oppositionsparteien in den Städten sowie unabhängige Kandidaten - von denen die Mehrheit früher KP-Mitglied war - in Siedlungen mit weniger als 5.000 Einwohnern die Mehrzahl der Sitze in den Kommunalparlamenten.

Eine neue, pluralistische politische Elite hat sich seit den Wahlen herausgebildet. Die politischen Bewegungen haben sich selbst zunehmend als politische Parteien identifiziert und sind zu politischen Organisationen geworden, die in geschäftsmäßigen Hierarchien arbeiten. Die verbliebenen Repräsentanten der "Civil Society"³ bzw. jene, die

außerhalb der Parteien blieben, sahen die Zivilgesellschaft "ausgeraubt", ihre Werte durch die rapide Formierung der Parteien "geplündert"⁴. In den 80er Jahren hatte sich die ungarische Zivilgesellschaft selbst definiert auf der Basis ihres Verhältnisses zur Staatsmacht. Die Zivilgesellschaft war kein Sammelbecken "cleverer Privatindividuen", welche sogar in ihren Themen von der Macht unabhängig wären, und sie war auch keine Szene herrschaftsfreier horizontaler Kommunikation, wie von Habermas beschrieben⁵. Eher handelte es sich um eine Gruppierung, später eine Bewegung, die sich in reflexiver Beziehung zur Staatsmacht befand und auch politisch konfrontiert war mit der Politik derer, die an der Macht waren, um die Freiheit zu limitieren. In diesem Sinne war die Evolution der demokratischen politischen Elite nicht das Versagen der früheren politischen Bürgerbewegungen gegenüber der Staatsmacht, sondern ihr Erfolg und erreichtes Ziel.

Es ist ein allgemeines Merkmal post-kommunistischer Übergangsstadien, daß der Systemwechsel nicht nur die politische Sphäre berührt, sondern auch auf eine fundamentale Transformation der bestehenden Ökonomie gerichtet ist. Ökonomische und politische Übergänge sind gleichzeitig erforderlich, aber es können nicht beide gleichzeitig realisiert werden. In diesen post-kommunistischen Transformationsprozessen gehen die Systemveränderungen in der Politik der ökonomischen Transformation unbedingt voraus, welche aufgrund des extrem hohen Anteils an Staatseigentum und der rudimentären Natur des einheimischen Bürgertums einen viel längeren Zeitraum erfordert. Dies ist der Grund, der sich hinter der kuriosen Fragilität der post-kommunistischen Übergänge verbirgt. Wie Dahrendorf in einer seiner Arbeiten schreibt: "Ein politischer Übergang führt zu wirtschaftlicher Entbehrung, die Instabilität und Aufruhr zur Folge hat; ein wirtschaftlicher Übergang zieht politische Enttäuschung nach sich und damit ebenfalls Instabilität und Aufruhr. In beiden Fällen bleibt die Freiheit

auf der Strecke."⁶ In solchen Fällen kann man nur hoffen, daß die Bindung der Gesellschaft an eine Demokratie, welche gerade aus einem tyrannischen Regime hervorgeht, zeitweilige wirtschaftliche und politische Unzufriedenheit ausbalancieren kann und daß diese Bindung stark genug ist, die Gesellschaft die Jahre der ökonomischen Krise überleben zu lassen.

Es gab in Ungarn seit den demokratischen Wahlen von 1990 zwei zivile Proteste von nationaler Dimension, die sich jedoch fundamental voneinander unterschieden.

Ende Oktober 1990 wurde unerwartet eine drastische Erhöhung der Benzinpreise eingeführt, ohne daß dies durch die Regierung zuvor angekündigt worden wäre. Als Reaktion darauf blockierten Taxifahrer und Angehörige aus anderen Transportbranchen die wichtigsten Kreuzungen des Landes für drei Tage. Dabei handelte es sich nicht schlechthin um eine Aktion einer bestimmten Berufsgruppe, denn zwei Drittel der Bevölkerung unterstützten den Protest, der auch von einigen Oppositionsparteien als gerechtfertigt angesehen wurde. Die Blockade wurde zu einem Symbol, das moralische Ansprüche der Gesellschaft gegenüber dem neuen demokratischen Establishment repräsentierte.

Im Herbst 1991 verabschiedeten mehr als hundert Intellektuelle eine Deklaration mit dem Titel *Demokratische Charta*, in der sie gegen die aggressive Machtpolitik der Regierungsparteien Protest erhoben und erklärten, daß der Demokratisierungsprozeß in Ungarn noch nicht abgeschlossen sei⁷. Im Verlauf von zwei Monaten unterzeichneten fünftausend Menschen die Deklaration, und nachdem die Charta Anfang Dezember 1991 zu einer Bewegung organisiert wurde, traten ihr weitere fünfzehntausend Menschen bei.

Ungeachtet signifikanter Unterschiede im Charakter dieser zwei Protestbewegungen waren sich beide darin ähnlich, daß sie zur Verteidigung der Demokratie gegen die demokratisch legitimierte Regierung entstanden waren. Im vorliegenden Beitrag werde ich die Natur dieser Protestbewegungen analysieren, ihr Verhältnis zum System der demokratischen Institutionen und zur Gesellschaft.

I. Die Blockade der Taxifahrer

Die Einschätzungen zur Blockade, die kurz darauf publiziert wurden, boten unterschiedliche In-

terpretationen. Die einen sprachen von einem terroristischen Akt oder von Kampfmaßnahmen einer Berufsgruppe, ähnlich wie Streiks, andere von einer Bewegung zivilen Ungehorsams und kollektiven Widerstandes. Es gab keinen Konsens darüber, ob die Aktion einen Protest im Sinne zivilen Ungehorsams darstellte oder eine Bewegung, die einfach versuchte, bestimmte Gruppeninteressen zu verteidigen. Auch gingen die Meinungen darüber auseinander, ob der Protest die Grenzen einer friedlichen Bewegung überschritten hatte oder nicht. Einige meinten, die Regierung hätte durch die Erhöhung der Benzinpreise eine verdeckte Steuererhöhung eingeführt. Mit anderen Worten, sie hätte nur deshalb zügig und ohne die Zustimmung des Parlaments gehandelt, um die Haushaltssituation zu verbessern. In der Tat hat die Regierung nicht gegen geltendes Recht verstoßen, insofern die Verbrauchssteuer für Benzinpreise gesetzlich auf einen bestimmten Prozentsatz des Produzentenpreises festgelegt ist, und der wurde bei der Preiserhöhung nicht überschritten. Formal gesehen war die Preiserhöhung durch die Regierung daher *legal*. Das bedeutet nicht, daß ein Protest dagegen nicht *moralisch* gerechtfertigt gewesen sein könnte. In Ungarn versuchten Juristen, Philosophen, Soziologen, Politikwissenschaftler in vehementen Debatten zu beurteilen, ob der Charakter der Taxifahrerblockade als die Manifestation zivilen Ungehorsams oder wie sonst betrachtet werden könnte.

Ziviler Ungehorsam zielt darauf ab, den Staat zu zwingen, die Pflichten zu erfüllen, für die er in einer beliebigen Gesellschaft etabliert worden ist, und ihm nicht zu gestatten, seine eigenen Grenzen durch Referenzen an positives Recht zu verletzen. Ziviler Ungehorsam ist keine Revolte gegen den Staat, aber er zieht Grenzen für das Staatshandeln. Eine Normüberschreitung stellt nicht alle Normen in Frage. Ziviler Protest erkennt die Existenz von Normen an. Mehr noch, er mahnt die Repräsentanten der Staatsmacht, sie zu befolgen. Es ist ein Akt von signalisierendem Wert; er ist seiner Natur nach nicht total, sondern partial; nicht konspirativ, sondern offen; er basiert nicht auf dem bloßen Nutzenprinzip, sondern hat ein moralisches Motiv⁸. Wie P.F. Power feststellt, sind die wichtigsten begrifflichen Komponenten zivilen Ungehorsams folgende: es ist ein öffentlicher, intentionaler Akt zur Realisierung eines bestimmten Plans - der Gewaltlosigkeit verpflichtet - ge-

gen das Recht, der, nach dem alle verfügbaren legalen Mittel ausgeschöpft sind, die Rechte von anderen betont und selbstlos, bewußt sowie auf der Basis moralischer oder religiöser Überzeugung das Verhältnis zwischen Ziel und Mittel offenlegt und deren Proportionalität gewährleistet; er ist auf die Institutionalisierung von Reformen im Interesse der Öffentlichkeit gerichtet, so daß sein Agent freiwillig die rechtlichen Konsequenzen seiner Aktion auf sich nimmt⁹.

Die Taxifahrerblockade war eine freiwillige, bewußte Aktion, die zunächst gegen eine bestimmte Maßnahme der Regierung, später gegen das politische Establishment, gerichtet war und in deren Verlauf Individuen und Gruppen absichtlich, offen und illegal die in der Gesellschaft allgemein akzeptierten Normen verletzt haben.

Welches sind die Faktoren, die die moralische Rechtfertigung der Aktion stützen? Zuallererst war es das Verhalten der Regierung, die die Gesellschaft vorsätzlich getäuscht hat. Wenige Stunden vor Bekanntgabe der Preiserhöhung hatte die Regierung jegliche Vorbereitung einer Preisanhebung dementiert und öffentlich verlauten lassen, daß es in absehbarer Zukunft keine Benzinpreiserhöhung geben werde. Daher konnten die Transportunternehmer und Fahrer, die fühlten, daß die Preiserhöhung nicht nur sie selbst, sondern die Mehrheit der ungarischen Gesellschaft hart treffen würde, sich selbst als Verteidiger der Gesellschaft präsentieren, als eine mobilisierende kommunikationsfähige Kraft und horizontal organisierte Gruppe. Die Menschen begriffen, daß die legale Maßnahme der Regierung das von der Gesellschaft erwartete Minimum an Moralität verletzt hatte und sie teilten weithin das Empfinden, daß Ungehorsam gegenüber der Regierung, welche die Regeln des "fair play" verletzt hatte, moralisch gerechtfertigt sein könnte.

Unterschiedliche Interpretationen von *Nötigung* und *Gewalt* haben einen Disput in der Einschätzung der Taxifahrerblockade hervorgerufen. Einer der Argumentationslinien gemäß, hätte die Blockade nicht als gewaltloser Protest betrachtet werden können, da in Form der Straßenblockaden Nötigung und Gewalt angewandt worden wären. Damit wären fundamentale Freiheiten verletzt worden. Folglich hätte sich der Protest nicht nur gegen den Staat gerichtet, sondern auch gegen dessen schuldlose Bürger. Und dennoch greift das Konzept von Nötigung und Gewalt hier nicht. Der Protest hatte den Charakter von Nötigung, aber

er war gewaltfrei. Keine Schaufenster wurden zerschlagen, niemand wurde verprügelt, es gab keine Zusammenstöße zwischen den Teilnehmern und der Polizei - vielmehr berichteten die Medien über *Kooperation* zwischen Protestierenden und der Polizei -, auch wurde keine Revolte gegen die Regierung oder das Parlament organisiert.

Aber ist Freiheit von jeglicher Nötigung ein Kriterium zivilen Ungehorsams? Mit Ausnahme der klassischen Beispiele von Ungehorsamsakten im Amerika des 19. Jahrhunderts (wie den Streiks), wird man heute schwerlich eine Ungehorsamsbewegung ohne das Element der Nötigung finden. Wenn Umweltschützer ein Kernkraftwerk umstellen oder einen Wald besetzen, der gerodet werden soll, oder wenn Pazifisten eine Waffenfabrik umstellen - selbst wenn sie keine gewaltsamen Mittel anwenden - es liegt in der Natur ihrer Bewegung, Druck auszuüben. Die Staatsmacht muß sie vertreiben, will sie die Operation der betreffenden Betriebe bzw. die Realisation der staatlichen Vorhaben sichern. Der Unterschied zwischen Bewegungen zivilen Ungehorsams und Revolutionen (oder Formen passiven Widerstandes) besteht nicht primär darin, daß im einen Fall Mittel der Nötigung oder gar Gewalt angewandt werden und im anderen nicht, sondern darin, daß Revolutionen und passiver Widerstand die Legitimität der bestehenden Herrschaftsordnung anfechten, während ziviler Ungehorsam diese im Grundsatz anerkennt¹⁰. Gleichmaßen schwierig ist es, einzuschätzen, wann ziviler Ungehorsam *ausschließlich* gegen den Staat gerichtet ist und wann die Schwelle überschritten ist, von der an die Rechte anderer, schuldloser Bürger verletzt werden. Unter den anerkannten Formen zivilen Ungehorsams wird sich kaum eine Methode finden, die ausschließlich dem abstrakten Staat Schaden verursacht ohne auch berechnete Interessen bestimmter Bürgergruppen zu verletzen¹¹.

Die politischen Parteien - ein Jahr zuvor zu meist selbst noch Bewegungen - zeigten ambivalente Reaktionen bezüglich der Protestbewegung, die sich von unten und unabhängig von ihnen entfaltet hatte. Es ist für politische Parteien in der Regel nicht einfach, sich einer sozialen Bewegung von explosiver Erscheinung anzuschließen, insofern die Natur letztgenannter und deren Rolle im politischen System gänzlich andere sind. In einem demokratischen System hätten die Parteien einen eher stabilisierenden, die Be-

wegungen einen eher dynamischen Effekt. Parteien entstehen auch aus Bewegungen heraus. Aber wenn sie die Bewegung erhalten wollten, nachdem sie sich konsolidiert haben, wäre das Ergebnis nicht eine Bewegung, sondern Mobilisierung. Die innere Krise einiger neuer demokratischer Parteien hat auch deshalb so große Ausmaße angenommen, weil die innere Widersprüchlichkeit zwischen Partei und Bewegung nicht beachtet wurde. Wenn eine unabhängige Aktion außerhalb der Parteien eingeleitet wird, dann muß sie ihre politische Institutionalisierung - vorausgesetzt, das ist ihr Ziel - selbst erkämpfen, und zwar oftmals gegen die politischen Parteien.

Alle ungarischen Parlamentsparteien - das Ungarische Demokratische Forum (UDF), die Partei der kleinen Landwirte, Landarbeiter und Bürger (PdL), die Christlich-Demokratische Volkspartei (CDVP) als Regierungsparteien, der Bund Freier Demokraten (BFD), die Allianz Junger Demokraten (FIDESZ) und die Ungarische Sozialistische Partei (USP)¹² als Oppositionsparteien - haben während der Taxifahrerblockade Stellung bezogen.¹³ (Vgl. Tabelle 1)

Die Jungdemokraten haben sich in ihrer Deklaration an alle sechs möglichen gesellschaftlichen Adressaten gewandt, das UDF und die Freien Demokraten jeweils an fünf. Sich an die eigene Organisation zu wenden und diese zu instruieren, war ein wichtiges Element für die Freien Demokraten, andere politische Kräfte außer der Regierung und den Protestteilnehmern haben sie jedoch nicht angesprochen. Die Führung des regierenden UDF hat seine Grund-

organisationen nicht instruiert, was darauf hindeutete, daß sie zwischen der Parteimitgliedschaft und der Gesellschaft keine scharfe Unterscheidung getroffen hat.

Es kann nicht als Zufall angesehen werden, daß gerade diese drei Parteien ihre Deklarationen an breiteste Bevölkerungsgruppen gerichtet haben. Sie alle sind aus einer mehrjährigen zivilen Kooperation hervorgegangen; ihr Ursprung ist weder mit dem Parteistaat verbunden (wie im Falle der Sozialisten), noch mit der länger zurückliegenden Geschichte (wie bei den Christdemokraten und der PdL). Diese Parteien hatten in den Rund-Tisch-Verhandlungen zwischen der Opposition und der alten Staatsmacht während des politischen Umbruchs eine entscheidende Rolle gespielt. Sie sind aus der Gruppe populistischer Schriftsteller heraus entstanden (UDF), aus der demokratischen Underground-Opposition (BFD) und aus der Jugendbewegung (FIDESZ). Jede von ihnen hatte sich von unten formiert, und es waren diese Parteien, die bei den Kommunalwahlen zwei Wochen vor der Taxifahrerblockade die größte Unterstützung der Gesellschaft erfahren haben. Selbst heute noch hat jede von ihnen eine beträchtliche Basis in den meisten der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen.

Die Parteien der Regierungskoalition (UDF, PdL, CDVP) zeigten keine einheitliche Haltung bei der Beurteilung der Taxifahrerblockade. Das UDF und die Christdemokraten verurteilten die Protestbewegung¹⁴, während sich der Pro-Regierungs-Flügel der PdL (geführt von Ferenc József Nagy) und ihr "Bewegungs"-Flügel (mit József Torgyán an der Spitze) uneinig waren. Die PdL vermied daher jegliche Bewertung des Protestes in ihrer Deklaration¹⁵. Das Verhalten der Regierung bewegte sich von der Idee, die Ordnung durch den Einsatz militärischer Kräfte wiederherzustellen, zu einer Verhandlungslösung¹⁶. Dieser Wandel trug zu einer Abmachung bei, die durch die Konfliktparteien am dritten Tag erreicht wurde. Auf der einen Seite nutzte das UDF selbst die Gelegenheit, die Regierung zu kritisieren, auf der anderen Seite versuchte es, Unterstützung für die Regierung und gegen die Demonstration der Taxifahrer zu mobilisieren. Einige tausend Pro-Regierungs-Demonstranten wurden zum Haus des Parlaments in Marsch gesetzt - auch auf die Gefahr hin, daß es zu einer offenen Konfrontation auf den Straßen hätte

Tabelle 1
Parteien und die von ihnen angesprochenen gesellschaftlichen Gruppen

Partei	Regierung	Gesellschaft	Protestteilnehmer	nicht-Protestierende	andere polit. Kräfte	eigene Organisation
UDF	+	+	+	+	+	-
PdL	+	-	-	-	+	-
CDVP	-	+	+	-	-	-
BFD	+	+	+	+	-	-
FIDESZ	+	+	+	+	+	+
USP	+	-	+	-	+	-

+ bedeutet, die jeweilige Partei hat sich an die betreffende Gruppe gewandt, - heißt, sie hat diese Gruppe nicht angesprochen

kommen können. Dennoch kam es nicht zu gewaltsamen Zusammenstößen, vor allem aufgrund der disziplinierten Zurückhaltung der Organisatoren der Blockade.

Die Oppositionsparteien (BFD, FIDESZ, USP) betonten die Existenz einer politischen Krise, welche keine militärische Intervention, sondern eine politische Lösung erfordere. Alle drei lehnten die Möglichkeit von Gewaltanwendung ab und machten die Regierung für den Ausbruch der Demonstration verantwortlich.

Die Freien Demokraten stellten sich selbst auf die Seite der Protestbewegung und riefen ihre Organisationen auf, diese zu unterstützen. Die Partei versuchte, den Konflikt zwischen bedeutenden sozialen Gruppen und der Gesamtgesellschaft in die Dimension von Regierung und Opposition zu projizieren und versuchte, den sozialen Protest politisch in eine Unterstützung für die Oppositionskräfte zu katalysieren¹⁷. So half sie, die Regierung davon abzuhalten, gegen die Demonstranten - wie ursprünglich beabsichtigt - Gewalt anzuwenden, und trug in bedeutendem Maße zur friedlichen Lösung der Krise bei. Dennoch war die Krise tiefer als ihr Ausdruck auf der politischen Ebene von Regierung und Opposition; in gewissem Sinne ging es nicht nur gegen die Regierung, sondern gegen das gesamte politische Establishment. Die Protestteilnehmer selbst akzeptierten nicht, daß ihre Aktion in die Regierung-Opposition-Dimension transportiert wurde und betonten immer wieder, daß ihre Demonstration nichts mit Parteipolitik zu tun hätte.

Die FIDESZ, obwohl sie die Demonstration als gerechtfertigt betrachtete und politische Unterstützung gewährte, schloß sich den Demonstranten nicht an, ebenso wie sie keine Konfrontation der Demonstranten mit anderen sozialen Gruppen für wünschenswert hielt¹⁸. Auch als sie die Tatsache respektierte, daß ziviler Ungehorsam die bestehenden rechtlichen Normen verletze, erklärte sie, daß sie als Partei keinen solchen Schritt unternehmen könne wie zuvor der BFD und, daß sie im verfassungsrechtlichen Rahmen bleiben würde. Die Deklarationen der USP waren mehr an die Regierung als an die Gesellschaft gerichtet. Sie stellten die Bewegung nicht in Abrede, stellten die Position der Partei aber auch nicht klar¹⁹.

Das typische politische Verhalten der Parlamentsparteien während der Krise ist in Tabelle 2 zusammengefaßt. (Die Statements der Füh-

rungsorgane der Parteien und die Manifestationen dominanter Parteipolitiker wurden als typisch angesehen, während extremistische Deklarationen, die vom Rest der Partei stark abwichen, nicht berücksichtigt wurden.)

Die Blockade der Taxifahrer hatte als Forderung einer Berufsgruppe begonnen, aber bald schlossen sich andere Sympathisanten an (private Autofahrer, Rentner etc.) und vermutlich wurde das ganze Land für einige Tage unregierbar. Eine so breite spontane soziale Bewegung war in Ungarn seit 1956 ohne Beispiel. Offensichtlich waren die Menschen mit dem Wandel des politischen Systems, dem Wechsel der Machtelite und dem in Gang gebrachten Parteienpluralismus nicht zufriedengestellt. Ihre Unzufriedenheit, die sich in vielen Jahren angesammelt hatte, aber unterdrückt war, entlud sich nun auf die Repräsentanten des neuen Regimes. Seit Tocqueville ist bekannt, daß Massenprotest gewöhnlich nicht dann ausbricht, wenn das politische System am repressivsten ist (wenn die Menschen keinen Sinn für eine Revolte sehen), sondern dann, wenn die *Erwartungen* der Menschen hinsichtlich des politischen Systems wachsen, welches unfähig ist, ihnen gerecht zu werden. Die Blockade der Taxifahrer war die Revolte einiger gut organisierter Gruppen der nicht institutionalisierten Zivilgesellschaft für deren Eigenartikulation. Ihre Forderungen wurden gegenüber der schon institutionalisierten politischen Elite zum Ausdruck gebracht, aber nicht unbedingt gegen diese. Die Gesellschaft hat, während sie eine neue politische Elite hervorbrachte und das politische System veränderte, dank der friedlichen Natur des Übergangs noch nicht ihre eigene "soziale Revolution" erfahren. Ihre Selbstorganisation war hinter dem sich entfaltenden Parteienpluralismus zurückgeblieben. Daher war der Protest explosiv und radikal. Es wurde klar, daß die neue Politik, die sich gerade erst institutionalisiert hatte, diese Gruppen nicht ansprechen konnte, ihnen keine Alternative bieten, die sie betreffenden Fragen nicht vorantreiben konnte. Folglich hat die Blockade eine Bruchstelle (tectonic line) zwischen den politisch unartikulierten Gruppen und der politischen Elite an die Oberfläche gebracht. Sie hat eine der wichtigsten Schwächen der neuen ungarischen Demokratie deutlich gemacht: die Unterentwicklung von Organen der Interessenrepräsentation mit Vermittlungsfunktionen.

Tabelle 2: Typische Haltungen der Parlamentsparteien während der Krise

	Regierungsparteien			Oppositionsparteien		
	UDF	PdL	CDVP	BFD	FIDESZ	USP
Wer ist für die Krise verantwortlich ?	Regierung, Taxifahrer, BFD, USP			Regierung	Regierung	Regierung
Bewertung des Protestes	illegaler Druck, gestützt auf verständliche Unzufriedenheit	Protest mit ökonomischen Wurzeln	illegale Interessenbehauptung; Druck, der individuelle Freiheit verletzt	friedliche Protestbewegung	Bewegung bürgerlichen Ungehorsams	Bewegung zivilen Ungehorsams
Haltung zur Protestbewegung	unakzeptable Methoden		unakzeptabel	rechtmäßig; durch die Parteienorganisationen zu unterstützen	rechtmäßig; theoretisch zu unterstützen	verständlich
Haltung zur Anwendung von Gewalt	wird nicht unterstützt			ist abzulehnen	ist abzulehnen	ist abzulehnen
Wie kann die Krise gelöst werden ?	Eliminierung der Blockade, Kompensation, Verhandlungen			Verhandlungen	Verhandlungen	Verhandlungen
Lehren der Krise	Probleme der Bürger sollten gelöst werden; Entscheidungen mit der Partei koordinieren; Interessenvertretungen etablieren	soziale Partnerschaft ist nötig; Kleinbauern bestehen auf der Regierungskoalition	Die Notwendigkeit restriktiver Maßnahmen sollte den Menschen erklärt werden	Eine kompetente Regierung ist nötig, die das Vertrauen der Menschen hat; starke Interessenverbände von unten aufbauen	Die Regierung muß politische und personelle Konsequenzen ziehen; starke unabhängige Interessenverbände sind nötig	Die Regierung muß eine neue Politik betreiben; Interessenverbände müssen an Entscheidungen beteiligt werden

Resümee:

Die Blockade war kein passiver Widerstand, da sie die Legitimität des Systems nicht in Frage stellte und in aktivem Handeln ihrer Teilnehmer bestand. Die Bewegung erfuhr die landesweite Unterstützung durch Repräsentanten der unterschiedlichsten Schichten. Sie hatte keine revolutionären Ziele und unmittelbar nachdem eine Lösung erreicht worden war, kehrte das Leben wieder zur Normalität zurück. Des weiteren entsprach der Protest auch nicht der klassischen libertären Praxis von zivilem Ungehorsam, denn er war ein horizontal koordiniertes Masseneignis. Selbst bei bescheidensten Schätzungen - Zehntausende haben daran teilgenommen und niemand konnte sich seiner Wirkung entziehen, die durch die Medien noch verstärkt wurde. Zudem waren die Teilnehmer nicht gewillt, die rechtlichen Konsequenzen zu erdulden, und forderten Straffreiheit. Obwohl die Taxifahrer über ein effektives, erprobtes Kommunikationssystem von CB-Radios sowie Mittel der Ressourcenmobilisierung verfügten, mangelte es ihrer Aktion an Vorbereitung. Da der Protest plötzlich und spontan ausgebrochen war, wurden auch die legalen Möglichkeiten der Interessendurchsetzung nicht voll ausgenutzt. Ziviler Ungehorsam im ursprünglichen Sinne des Wortes ist nicht auf Verhandlungen orientiert: er begnügt sich mit moralischem Protest und unterwirft sich selbst den rechtlichen Konsequenzen. Die Teilnehmer dieser Aktion jedoch wollten *Verhandlungen*, um die Regierung zu zwingen, ihre Entscheidung zurückzuziehen.

Vielleicht kommt man der Wahrheit am nächsten, wenn man sagt, es war ein moralisch gerechtfertigter Akt kollektiven Ungehorsams, der zugleich einige Elemente von zivilem Ungehorsam wie auch einer spontanen Protestaktion (wie sie z.B. in sozialem Aufruhr erscheinen) enthält. Nichtsdestoweniger hat die Aktion der Staatsmacht nicht mehr als ein Minimum an Gehorsam zugestanden.

II. Die Demokratische Charta

Im September 1991 kamen János Kis, der Vorsitzende der BFD, und Tamás Bauer, Mitglied des Nationalrats der Partei, in einem ihrer Artikel²⁰ zu dem Schluß, daß der fortschreitende Rechtstrend der Regierungskoalition und die dadurch induzierten autoritären Tendenzen nur aufgehalten

werden könnten, wenn die der Demokratie verpflichteten Bürger ihre Prinzipien in einer offenen Charta darlegen würden, welche besagt, daß die demokratische Transformation in Ungarn noch nicht abgeschlossen ist. Angesichts der sich vertiefenden politischen Apathie und Desillusionierung im Lande versuchten sie, die Intelligenz, die sich zunehmend von der Politik distanzierte, im Rahmen einer zivilen Protestaktion zurückzugewinnen.

Der ganze politische Übergang war, abgesehen von einigen Ausnahmefällen, begleitet durch die relative Passivität der Gesellschaft.²¹ Zwischen November 1989 und Oktober 1990 hatten in Ungarn sechs landesweite Wahlen stattgefunden (zwei Volksentscheide, je zwei Wahlgänge bei den Parlaments- und bei den Kommunalwahlen), aber die Wahlbeteiligung überstieg nur zwei mal die 50-Prozent-Marke: beim Referendum im November 1989 (58 Prozent) und beim 1. Wahlgang der Parlamentswahlen im März 1990 (65 Prozent). Mehr als ein Drittel der ungarischen Gesellschaft war weiterhin politisch passiv geblieben.

Der Umbruch in Ungarn wurde deshalb von vielen die "ausgehandelte Revolution"²² genannt. Die intellektuelle Elite war sich einig gewesen hinsichtlich der Wege und Mittel des Systemwechsels sowie bezüglich der "fundamentalen Rechte", die schon immer die Basis für Legalität bildeten. Die Untersuchungen der ungarischen Sozialwissenschaftler Erzsébet Szalai²³ und Iván Szelényi²⁴ haben gezeigt, daß es in einer historischen Ausnahmesituation die Intellektuellen waren, die zur politisch einflußreichsten Gruppe der Gesellschaft wurden. Die Situation nach dem Niedergang der früheren Kadar-Elite nutzend, und bevor die Klassenformierung der neuen Bourgeoisie langsam in Erscheinung trat, betrieben sie als die "herrschende Schicht" die politische Transformation mit der passiven Unterstützung der Gesellschaft. Diese Intelligenz, vornehmlich die aus den Sozialwissenschaften, war der "Held von 1989" - eine Gruppe von städtischen Intellektuellen, früher in den Untergrund gezwungen, die sich selbst die "demokratische Opposition" nannte und sich auf die fundamentalen Prinzipien der Menschenrechte stützte. Eine andere Gruppe, die "neuen Technokraten" mit bourgeoisen Konsumentengewohnheiten, trat in den 80er Jahren in Erscheinung und spielte ebenfalls eine dominante Rolle bei der Befreiung von der alten Staatsmacht. Es waren diese Gruppen, die befähigt waren, den früheren

Jargon des Parteistaates aufzugeben; mit ihrer rationalen und kritischen Sichtweise haben sie die Repräsentanten des alten gemäßigten Reformkurses schrittweise aus dem politischen Diskurs verdrängt. In diesem Sinne war 1989 eine Revolution des kritischen Rationalismus im Gegensatz zu einer Machtlogik, welche zunächst zweckgerichtet, aber bald zu einem Anachronismus und einem von Ideologie entkleideten Ritual reduziert worden war. Die alten Praktiken wurden plötzlich illegitim und es war diese kritische "Mediakratie", die Zirkel der politisch aktiven Intellektuellen, aus denen die neue "Politokratie" von Intellektuellen, die Kerne der neuen Parteien hervortraten.

Die sozialen Agenten der Transformation zeigt Tabelle 3 bezüglich der Situation von 1989/90.

Tabelle 3 Elitegruppen in der politischen Transformation		
Frühere Machtelite	Neue Machtelite	
frühere Kaderelite (Apparatschiks)	"Politokratie" (kritische Intellektuelle)	neue Bourgeoisie (Unternehmer)
"neue Technokratie"	"demokratische Opposition"	
vor 1989	1989-91	(Zukunft ?)

Der Erfolg des Umbruchs von 1989 kann aus der Kooperation der "neuen Technokratie" und der "demokratischen Opposition" erklärt werden. Die "neue Technokratie" war in der Lage, die alte Kaderelite in die Defensive zu drängen, während die "demokratische Opposition" als einzige erfolgreich sein konnte, genügend soziale Unterstützung für den Systemwechsel zu gewinnen. Die intellektuelle Basis der "Politokratie" von 1989 fand ihre politische Repräsentation zumeist im BFD, der größten liberalen Partei, wo das radikale Programm des Systemwechsels formuliert wurde. Die pro-kapitalistische liberale Sichtweise, die auch die Idee des "dritten Weges" zwischen Kapitalismus und Kommunismus" ablehnte, wurde hauptsächlich vom intellektuellen Kern des BFD vertreten.

Dennoch wurde der wahre Erbe des Umbruchs von 1989, die liberale Intelligenz, nach den Wah-

len in die parlamentarische Opposition gezwungen. In Ungarn kam eine solche Regierungskoalition an die Macht, deren Kern nicht durch Gruppen konstituiert wurde, die aktiv Opposition gegen das Kadar-Regime betrieben hatten, sondern deren hauptsächliche Strategie es war, unter dem Regime zu überleben. Sie bestand aus recht-schaffenden Gruppen der älteren Generation, hauptsächlich vom Lande, deren Ausschluß aus politischer Bevorzugung aufgrund ihres passiven, neutralen Verhaltens nicht durch soziale Marginalisierung begleitet war. Die neue Regierungskoalition steht in ihrem politischen Stil und ihrem ganzen Wertgefüge der Tradition des präkommunistischen Ungarn und der paternalistischen Politik der christlich-konservativen "oberen Mittelklasse" nahe, welche staatliche Interventionen zugleich als antiliberal und antisozial interpretierte.

Die Möglichkeit für die intellektuelle Führung des BFD, wieder in die Opposition zum System statt zur Regierung zu geraten, ergab sich bald angesichts der zentralistischen Bestrebungen der Regierung und der antiparlamentarischen populistischen Rhetorik der Extremisten des UDF, die zur Formierung einer neuen Nomenklatura, zur Aquisition politischer Autorität über die Wirtschaft, zur Konsolidierung eines scheinbar demokratischen, in Wirklichkeit aber semi-autokratischen Systems zu führen drohten. Das erneute Auftreten der Idee der Opposition zum System deutete auf die Tatsache hin, daß es für denjenigen Teil der "Politokratie" von 1989/90, der aus der Opposition stammte, schwierig war, sich selbst nicht nur innerhalb des neuen Systems, sondern auch innerhalb der neu entstehenden politischen Elite zu verorten. Die Mitgliedschaft der Partei und ein Teil der öffentlichen Meinung verstand nicht, warum die Partei, die sich früher erfolgreich in scharfer anti-kommunistischer Rhetorik gab, sich nun in schroffer Weise nicht nur gegen die neue Regierung kehrte, sondern gelegentlich ebenso gegen das neue System. 1991 wandte sich die Intelligenz, die früher die Partei unterstützt hatte, von ihr ab. Die Popularität des BFD sank rapide, was dann zum Rücktritt des Vorsitzenden János Kis im Herbst 1991 führte.

Die Erben der einstigen "demokratischen Opposition", die die Prinzipien einer liberalen Wirtschaftspolitik und eines "politischen Kapitalismus" vertreten hatten, waren auch durch die Tatsache nachteilig betroffen, daß ihre Opponenten von 1989, die Repräsentanten der "neuen Techno-

kratie", relativ leicht in die neuen Hierarchien gelangt waren und schnell Kontakt zur langsam aufkommenden "neuen Bourgeoisie" gefunden hatten. Deren wichtigster politischer Opponent, die führende Regierungspartei UDF, hat, obwohl sie in ihrem Programm weiterhin das "Ungarn der Farmer" sowie die Schaffung einer neuen Mittelklasse und einer nationalen Bourgeoisie vertritt, in der Tat einen Kompromiß mit der "neuen Technokratie", insbesondere mit den Führern der großen Unternehmen, geschlossen, die im letzten Jahrzehnt des Kadar-Regimes zur Macht in der wirtschaftlichen Sphäre aufgestiegen waren. Der Mobilitätsbereich des oppositionellen Teils der "Politokratie" von 1989, der ins Parlament gelangt war, hat sich schrittweise auf die Sphäre der offiziellen Politik eingeeengt.

In den 80er Jahren hatte die "demokratische Opposition" das Leben einer Art Avantgarde-"Bewegung" geführt. Ihre Unabhängigkeit hatte sie befähigt, zum konsistentesten Kritiker des Kádár-Regimes zu werden. Es war diese Gruppe, die mit ihrer Position in der Übergangsperiode ein Vorbild für die ungarischen Journalisten bot. Im Herbst 1989 konnte sie die Gesellschaft erfolgreich für die Beseitigung der Privilegien der kommunistischen Partei mobilisieren und frühe Präsidentschaftswahlen verhindern, indem sie ein erfolgreiches Referendum erzwang. Im Oktober 1990 unterstützte sie offen die Taxifahrerblockade und trug dazu bei, die Regierung von einem gewaltsamen Vorgehen gegen die Protestteilnehmer abzubringen. Die "demokratische Opposition" war in der Lage, im Rahmen der von ihr erzeugten politischen Offenheit die fehlenden politischen Strukturen zwischen Staat und Gesellschaft zu ersetzen. Ihre ganze Haltung reflektierte ihre Sozialisation für eine Art Anti-Rolle gegenüber Herrschaftsinstitutionen sowie ihr Bestreben, in den informellen Gemeinschaften der Gesellschaft Verbündete gegen die Repräsentanten der Herrschaft zu finden. 1988, zu Beginn der Veränderungen, bildete sie ursprünglich keine politische Organisation, sondern ein Netzwerk von Freien Initiativen, um eine koordinierte Kooperation zwischen den informell agierenden Gruppen der Zivilgesellschaft zu erzeugen. Wenn auch später aus diesem Netzwerk heraus der BFD entstanden ist, so haben sich seine Führer die Haltung der "Bewegung und Opposition gegen die Herrschaft" bewahrt, und die neue Partei hatte beträchtliche Erfolge, solange sie in der Lage war,

Politik in den Dimensionen von Bewegung zu interpretieren. Die letzte Gelegenheit dafür bot die Taxifahrerblockade. In dieser Hinsicht war weder die "Opposition zum System", noch die Forderung nach Regierungsbeteiligung wirksam, denn damit konnte die Gesellschaft nicht in der Dimension von "Bewegung" erreicht werden. Die allmähliche Professionalisierung und Bürokratisierung der politischen Elite hat einen schwindenden Raum für eine oppositionelle Attitüde der "Bewegung gegen Herrschaft" gelassen. Es war ein schmerzvoller Verlust für die Parteiführung, zu begreifen, daß sich die Situation gewandelt hatte und die Intellektuellen aus dem Umfeld der Partei von Politik desillusioniert waren.

Die Demokratische Charta wurde im September 1991 von liberalen und linken Intellektuellen herausgegeben. Sie faßte die Kriterien der Demokratie für die unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereiche in siebzehn Punkten zusammen. Von so bekannten Autoren wie George Konrád und Mihály Kornis formuliert, wurde sie innerhalb von zwei Monaten von fünftausend Menschen unterzeichnet. Obwohl der Appell nicht ausdrücklich gegen die Regierungskoalition gerichtet war, wurde er vom Premierminister so interpretiert. Folglich wurde die Entscheidung, den Appell zu unterschreiben oder nicht, zu einer direkten politischen Stellungnahme und sogar zu einer Vertrauensfrage gegenüber der Regierung. Die Repräsentanten der Regierungskoalition (UDF, PdL, CDVP) und deren Anhänger sind der Charta daher nicht beigetreten. Die Charta hat, für die einfachen Leute oft schwer zu verstehen, den politischen Diskurs zu einer Wahl zwischen *Opposition* und *Regierung* versimplifiziert.

Ende November 1991, damals war die Ungarische Nationalbank noch nicht unabhängig, setzte Premierminister József Antall den Nationalbankpräsidenten ab, weil dieser die Demokratische Charta unterzeichnet hatte. Daraufhin traten die beiden anderen Oppositionsparteien (FIDESZ, USP) der Charta demonstrativ bei, um dagegen zu protestieren, daß Wirtschaftsfunktionäre nach ihrer politischen Zuverlässigkeit und nicht nach ihrer Leistung bewertet werden. Auf diese Weise wurde die Charta zu einem parteipolitischen Streitpunkt. Anfang Dezember veranstalteten mehr als die Hälfte der Unterzeichner eine Kundgebung in Budapest, auf der die Teilnehmer die Charta einmütig zu einer Bewegung erklärten und Sprecher wählten.²⁵

Die Oppositionsparteien zeigten unterschiedliche Reaktionen. Der BFD respektierte die Charta als eine Bürgerbewegung und unterstützte sie. Die USP ergriff die Gelegenheit einer potentiellen sozialen Unterstützung und betonte die Notwendigkeit der Kooperation der Oppositionsparteien. Sie betrachtete die Charta als eine Art Volksfront der Opposition gegen die Regierungskoalition. Die FIDESZ dagegen distanzierte sich von der Charta als einer Bewegung mit dem Argument, daß Bürgerbewegungen von jeglichen politischen Parteien unabhängig sein sollten. Zwar erlaubte sie ihren Mitgliedern, sich an der Bewegung zu beteiligen, aber sie machte auch klar, daß die Partei als solche kein Teilnehmer der Charta sei.

In den folgenden zwei Monaten wuchs die Zahl der Unterzeichner auf zwanzigtausend an, und das ist annähernd identisch mit der Mitgliederzahl einer ungarischen Parlamentspartei. Am 15. März 1992, dem ungarischen Nationalfeiertag, rief die Charta ihre Anhänger erstmals auf die Straße und veranstaltete in der Budapester Innenstadt eine Massendemonstration mit zehntausend Teilnehmern.

Das Erfolgsgeheimnis der Charta lag in ihrem Volksfrontcharakter. Für Leute, die sich unter den Parteien und in Parteipolitik nicht wiederfinden konnten, versimplifizierte sie die gegenwärtigen politischen Streitfragen auf Ja-und-Nein-Fragen: auf der einen Seite die Verteidiger der Demokratie, auf der anderen, der Regierungsseite, diejenigen, die die Demokratie gefährden. Dennoch beabsichtigten die Sprecher der Bewegung nicht, die einzelnen Parteien zu repräsentieren, sondern das Prinzip, daß im Geist der Freiheit jede demokratische Ansicht in der Gesellschaft präsent sein sollte.²⁶

Die Charta, die keine formelle Mitgliedschaft hat, beabsichtigt nicht, zu einer Partei zu werden. Aber sie verfolgt die Intention, der Repräsentant der Sache der Demokratie innerhalb der Zivilgesellschaft zu bleiben. Aufgrund ihres Volksfrontcharakters schließt sie auch jene - früher der kommunistischen Partei (USAP) angehörigen - linken Intellektuellen mit ein, gegen die die Mehrheit der Teilnehmer der Bewegung 1989 angetreten war.

Kann die Intelligenz der "Politokratie" ihre Macht, die sie in einer historischen Ausnahme-situation gewonnen hatte, erhalten ? - fragten György Konrád und Iván Szelényi 1990²⁷. Die Organisation der Demokratischen Charta legt eine

negative Antwort nahe. Bisher war die kritische Intelligenz nicht in der Lage, sich in die politische Elite zu inkorporieren, sie war nicht fähig, in machtorientierter, geschäftsmäßiger bürokratischer Politik Erfolge zu erzielen. Vermutlich erschwert die Tatsache, daß sie die frustrierende Rolle einer parlamentarischen Opposition spielen muß, dieses Engagement besonders. Anders als in wissenschaftlichen Debatten besteht das Ziel politischer Debatten darin, die Wähler zu überzeugen, nicht aber darin, sich gegenseitig zu überzeugen. Das ist eine weitere Ursache für die politische Enttäuschung des intellektuellen Kerns des BFD. Das Auftreten der Demokratischen Charta zeigt, daß die kritische Intelligenz zu der Rolle zurückkehrt, die sie vor 1989 innehatte: zu der einer "Mediokratie", indem sie eine gebildete öffentliche Meinung formt, und zu der einer "Meritokratie" an den Universitäten und Forschungsinstituten. Nach einem Ausflug in die professionelle Politik kehrt die Intelligenz zurück in die Szenen der "Bewegungspolitik", aber ihre Stimme wird nicht mehr entscheidend sein: sie wird verloren gehen im Getöse der sozialen Interessenkämpfe der neuen Demokratie. Das Programm der Intelligenz als einer "politischen Klasse" wird nicht zur Realität, und nach dem Systemwechsel wird es wieder die Aufgabe der früheren "Politokratie" sein, durch die Artikulation der Meinungen politisch aktiver Gruppen die *politische Gesellschaft* im Toquevillschen Sinne des Begriffs zwischen Staat und Gesellschaft zu bilden. Die *Demokratische Charta* hat der politisch aktiven Intelligenz Gelegenheit gegeben, zu ihrer eigenen Rolle zurückzufinden.

Es gibt eine Reihe von Unterschieden zwischen der Blockade der Taxifahrer und der Demokratischen Charta als Formen sozialen Protestes. Die Blockade war ein ökonomischer und moralischer Protest von unten gegen eine Entscheidung der demokratisch gewählten Macht. Ihre Teilnehmer - von denen einige sich selbst als individuelle Unternehmer, andere als Arbeitnehmer bezeichneten - haben es folgerichtig unterlassen, anderen zu gestatten, ihre Aktion als eine politische Bewegung zu qualifizieren. In ihrem Protest wurden auch Klasseninteressen in universellen Begriffen vertreten. Die Demokratische Charta dagegen war eine Initiative von oben, von kritischen Intellektuellen aus der professionellen Politik, gegen breite Gruppen der Gesellschaft. Sie zielte auf eine freischwebende Kommunikation, eine

kritische öffentliche Offensive gegenüber der Regierung. Ungeachtet der Unterschiede zwischen beiden, die Erkenntnis, daß keine stabile Demokratie existieren kann ohne geeignete und effiziente demokratische Vermittlungssysteme, war beiden gemeinsam. Die Taxifahrerblockade hat die Schwäche der Interessenrepräsentation verdeutlicht, während die Demokratische Charta auf das Fehlen einer vermittelnden politischen Gesellschaft aufmerksam gemacht hat. Diese beiden Aktionen haben die Lücke zwischen der Zivilgesellschaft und der neu formierten politischen Elite vergegenwärtigt und so die Aufmerksamkeit auf die sozialen Vorbedingungen einer stabilen politischen Demokratie gelenkt.

Anmerkungen

- 1 BFD-UDF-Vertrag, Beszélő, 5. Mai 1990
- 2 Hinsichtlich des Problems der "Weimarisierung" vgl.: András Kovács, Weimar és Budapest (Weimar und Budapest), In: András Bozóki/Tamás Csapody/Ervin Csizmadia/Miklós Sükösd (Hrsg.), Csendes? Forradalom? Volt? (War das eine friedliche Revolution?), Budapest 1991, S.51-56
- 3 "Zivilgesellschaft" war ein essenzieller Begriff der Opposition der achtziger Jahre. Er war definiert als Bewußtsein der Staatsbürger, als Zivilcourage und als autonome, vom Staat unabhängige Initiative.
- 4 Es gab eine Vielzahl von Diskussionen hinsichtlich des Problems der ungarischen Zivilgesellschaft. Die hier beschriebene Auffassung wurde am deutlichsten artikuliert von István Stumpf, A civil társadalom kifosztása (Die Plünderung der Zivilgesellschaft), in: Magyar Nemzet, Nr. 224/1991
- 5 Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied, Berlin 1962, (ungarische Ausgabe Budapest 1982)
- 6 Ralf Dahrendorf, Politik, Wirtschaft und Freiheit, In: Transit. Europäische Revue, Heft 1, Herbst 1990, S. 43f
- 7 "Demokratisches Charta", Magyar Hírlap, 27. September 1991, (Vgl.: Demokratische Charta '91, In: Berliner Debatte INITIAL, 4/1992, S.67f - Anm. d. Ü.)
- 8 Zum Begriff des zivilen Ungehorsams vgl.: Tamás Csapody (Hrsg.), A polgári engedetlenség az alkotmányos demokráciákban (Der Platz zivilen Ungehorsams in konstitutionellen Demokratien), Budapest 1991
- 9 Paul F. Power, On Civil Disobedience in Recent American Democratic Thought, In: The American Political Science Review, LXIV, 1970, S. 35-47
- 10 Vgl.: Ferenc Huoranszki, Politikai kötelezettség és polgári engedetlenség (Politische Verpflichtung und ziviler Ungehorsam), In: T. Csapody, a.a.O., S.36-43.
- 11 Vgl.: András Bozóki, A polgári engedetlenség eszméje és gyakorlata (Idee und Praxis zivilen Ungehorsams), In: T. Csapody, a.a.O. S. 92-100
- 12 Die Abkürzungen UDF (in Ungarn offiziell: MDF), USP (MSZP) sowie die Übernahme der ungarischen

Abkürzung FIDESZ sind im Deutschen bereits gebräuchlich. Die deutschen Abkürzungen BFD (SZDSZ), PdL (FKGP) und CDVP (KDNP) wurden hier, teils in Anlehnung an den Beitrag von Csilla Machos in Berliner Debatte INITIAL Nr. 4/1992, vom Übersetzer eingeführt. - Anm. d. Ü.

- 13 Zum Verhalten der politischen Parteien vgl.: András Bozóki / Éva Kovács, A politikai pártok megnyilvánulásai a sajtóban a taxisblokáid idején (Medienäußerungen der politischen Parteien zur Taxifahrerblockade), In: Szociológiai Szemle 1991, S. 109-126
- 14 Die Deklaration des UDF, In: Magyar Nemzet, 27. Oktober 1990; Die Deklaration der CDVP, In: Magyar Nemzet, 29. Oktober 1990
- 15 Die Deklarationen der PdL, In: Népszabadság, 27. Oktober 1990, Vasarnapi Hírek, 28. Oktober 1990.
- 16 Peter Szakonyi (Hrsg.), A taxisblokáid (Eine Taxifahrerblockade), Budapest 1990, S. 18
- 17 Die Deklaration des BFD, In: Magyar Hírlap, 27. Oktober 1990
- 18 Die Deklaration der FIDESZ, In: Pesti Hírlap, 27. Oktober 1990
- 19 Die Deklaration der USP, In: Magyar Nemzet, 29. Oktober 1990
- 20 Tamás Bauer/János Kis, A magyar demokrácia védelmében (Zur Verteidigung der ungarischen Demokratie), In: Magyar Hírlap, . September 1991; Dieser Artikel wurde scharf kritisiert von András Körösnéyi, Fenyegés-e a diktatúra? (Gibt es eine Gefahr der Diktatur?), In: Népszabadság, 4. Oktober 1991; Die Antwort von Bauer und Kis wurde veröffentlicht unter dem Titel: Vakok legyünk vagy szabadok? (Sollen wir blind sein oder frei?), In: Népszabadság, 10. Oktober 1991
- 21 Zur Natur der politischen Veränderungen in Ungarn vgl.: András Bozóki/András Körösnéyi/George Schöpflin (eds.), Post-Communist Transition: Emerging Pluralism in Hungary, London, New York 1992
- 22 Vgl.: László Bruszt, 1989 - The Negotiated Revolution of Hungary, In: Bozóki/Körösnéyi/Schöpflin, a.a.O.; Rudolf L. Tökés, A posztkommunizmusból a demokráciába: Magyarország tárgyalásos forradalma (Vom Post-Kommunismus zur Demokratie: Ungarns ausgehandelte Revolution), Budapest 1990
- 23 Erzsébet Szalai, Gazdaság és hatalom (Wirtschaft und Macht), Budapest 1990; dies., A hatalom metamorfózisa (Die Metamorphose der Macht), In: Valóság, Mai 1991; dies., Perpetuum mobile, In: Valóság, April 1992.
- 24 Iván Szelényi, Polgárosodás Magyarországon: nemzeti tulajdonos polgárság és polgárosodó értelmiség (Verbürgerlichung in Ungarn: Nationales Bürgertum und bürgerliche Intellektuelle), ein Interview von András Bozóki, In: Valóság, Januar 1990, S. 29-41
- 25 Die Demokratische Charta wurde als Bewegung konstituiert am 7. Dezember 1991 im Gebäude des Budapester Stadtrates.
- 26 Vgl. die öffentliche Rede von Gaspar Miklos Tamas (BFD) auf der Kundgebung am Nationalfeiertag, In: Magyar Hírlap, 16. März 1992
- 27 György Konrád/Iván Szelényi, Értelmiség és dominancia a posztkommunista társadalomban (Intellektuelle und Herrschaft in post-kommunistischen Gesellschaften), In: Politikatudományi Szemle, Bd. 1, Nr. 1/1992

Aus dem Englischen von Jan Wielgoch

Berliner Debatte INITIAL

Herausgegeben von der Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik mbH i.G. i.A. des Vereins Berliner Debatte INITIAL e.V., Präsident Peter Ruben

Berliner Debatte INITIAL erscheint zweimonatlich.

Redaktion: Harald Bluhm, Erhard Crome, Torsten Ehrke, Wladislaw Hedeler, Hartwig Schmidt, Udo Tietz, Jan Wielgoch;
Verantwortlicher Redakteur Rainer Land

Sitz: Oderbergerstr. 44, O-1058 Berlin
Postanschrift: PF 158, O-1058 Berlin
Tel. Erhard Crome, Berlin (Ost) 272 59 16
Geschäftskonto: Berliner Stadtbank.
Konto-Nr. 718 577 02 00, BLZ 120 205 00

Satz: one line Produktionsbüro & Werbeagentur Berlin
Druck: Tribüne Druck GmbH

Einzelhefte und Abonnement bei der Redaktion.

Abonnement auch: inter abo Betreuungs GmbH,
PF 53, O-1193 Berlin

Preis:
Neue Bundesländer:
Einzelheft 10 DM, Jahresabo 54 DM

Alte Bundesländer und Ausland:
Einzelheft 12 DM, Jahresabo 60 DM,
Ausland zuzüglich Porto.
(Die Preise für Ausland und alte Bundesländer sind niedriger, als ursprünglich in Heft 6 angekündigt.)

Studenten, Rentner und Arbeitslose 30 DM,
Bestellung nur bei Berliner Debatte INITIAL

Wir bitten unsere Autoren, ihre Beiträge nach Möglichkeit auf Diskette einzureichen, ausnahmsweise auch in Maschinschrift.
Copyright ist bei der Redaktion zu erfragen.

Abonnementsbestellung an:		Berliner Debatte INITIAL PF 158, O-1058 Berlin
Hiermit bestelle ich Berliner Debatte INITIAL für mindestens 1 Jahr zum Jahresbezugspreis von 54 DM (Ost) bzw. 60,- DM (West). (Ausland zuzüglich Versandporto). Mein Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn ich nicht 6 Wochen vor Ablauf schriftlich kündige.		
Vorname, Name		
Straße, Nr.:		
PLZ:	Ort:	Telefon:
Ich wünsche nach Möglichkeit den Bezug des gesamten Jahrgangs 1992 / den Bezug ab Heft _____		
Ich wünsche folgende Zahlungsweise: Ich wünsche eine Jahresrechnung über 54 DM (Ost) bzw. 60 DM (West): Ja Nein Bargeldlos: halbjährliche Abbuchung 27 DM (Ost) bzw. 30 DM (West): Ja Nein		
Konto-Nummer:	Bankleitzahl:	Bank institut:
Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen (Poststempel) bei der Bestelladresse schriftlich widerrufen kann.		
Datum:	Unterschrift:	